

Kroatiens Staatschef klagt Ex-Regierung an



Der scheidende kroatische Staatschef **Stjepan Mesic** hat zum Ende seiner Amtszeit eine Bombe platzen lassen. Die Regierung sei der Kopf der grassierenden Korruption, zitierten gestern alle Zeitungen in Zagreb das Staatsoberhaupt. Die konservative HDZ-Partei habe unter ihrem langjährigen Vorsitzenden und Regierungschef Ivo Sanader ein Korruptionsnetz über das Land gespannt, das die staatlichen Institutionen lahmgelegt habe. Mit dem Regierungsantritt Sanaders 2003 bis zu dessen Rücktritt im Juli vergangenen Jahres habe „eine parallele Kommandostruktur“ das Sagen gehabt, sagte Mesic. Unter Ausschaltung der Behörden sei systematisch staatliche Korruption abgewickelt worden. Sanaders Nachfolgerin Jadranka Kosor hat ihren früheren politischen Ziehvater inzwischen spektakulär aus der gemeinsamen HDZ ausschließen lassen und die Aufdeckung der unübersehbaren Zahl an Korruptionsfällen begonnen. Inzwischen sitzen fast zwei Dutzend führende Manager in Haft. Der Ex-Verteidigungsminister wird gerichtlich für Korruption zur Rechenschaft gezogen. Staatspräsident Mesic nahm die amtierende Regierungschefin Kosor vor Angriffen in Schutz, sie habe als enge Mitarbeiterin Sanaders vom Korruptionssystem wissen müssen. Er lobte ihren Kampf gegen die Misswirtschaft. DPA

Griechen sollen später in Rente gehen

Die griechische Regierung hat gestern erste Details ihres geplanten Sparprogramms vorgestellt, mit dem sie die Haushaltskrise in den Griff bekommen will. Danach will Sozialminister Andreas Loverdos das durchschnittliche Rentenalter um zwei Jahre auf 63 Jahre erhöhen. Zudem sollen Beamtengehälter eingefroren und staatliche Beihilfen gekürzt werden. Die Gewerkschaften wollen heute mit einem landesweiten Streik im öffentlichen Dienst gegen die Pläne protestieren. „Die Situation ist dramatisch, und unsere Antwort ist klar“, sagte Loverdos. „Wir ändern das soziale Sicherungssystem des Landes, um es lebendig zu halten und ihm eine Zukunft zu sichern.“ Ministerpräsident Giorgos Papandreou will mit den Sparmaßnahmen die Finanzmärkte und die zunehmend besorgten EU-Partner beruhigen. Griechenlands Haushaltsdefizit beträgt 12,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, der Stabilitätspakt für den Euro sieht eine Obergrenze von drei Prozent vor. AP

Klimaforscher wenden sich von Pachauris ab

Deutsche Klimaforscher fordern nach Pannen im Weltklimarat (IPCC) den Rücktritt des Chefs Rajendra Pachauri. Der Direktor des Hamburger Max-Planck-Instituts für Meteorologie, Hartmut Graßl, sagte im Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau“, Pachauri solle „reinen Tisch machen“ und die Leitung des wichtigen Gremiums in andere Hände geben. Der Leiter des Instituts für Küstenforschung am GKSS-Forschungszentrum in Geesthacht, Hans von Storch, nannte den IPCC-Chef eine Belastung für den Klimarat, da er offenbar „Schlampereien“ bei den Kontrollen des UN-Klimaberichts von 2007 zugelassen habe. DPA

Sarah Palin denkt über Kandidatur nach

Sarah Palin, ehemalige Kandidatin für das Amt des US-Vizepräsidenten, hat erstmals Ambitionen gezeigt, Präsidentin der USA zu werden. Entsprechende Äußerungen, die die 45-Jährige in einem Interview mit dem TV-Sender Fox News gemacht hat, wurden am Montag von US-Sendern zitiert. Sie erwäge, bei der nächsten Wahl anzutreten, „wenn ich der Ansicht wäre, dass dies das Richtige für unser Land und für die Familie Palin wäre“. Es wäre für sie absurd, nicht zu überlegen, wie sie dem Land helfen könne, sagte die ehemalige Gouverneurin des Bundesstaats Alaska. DPA

Stau in der Meerenge

NILS KREIMEIER

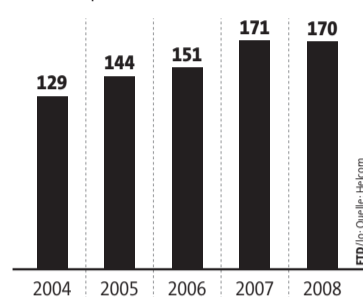
Wenn Sari Talja derzeit an ihrem Arbeitsplatz aus dem Fenster sieht, dann bietet sich ein Bild der Ruhe: Die Leiterin des Schiffsverkehrszentrums für den Finnischen Meerbusen sieht einen vereisten Hafen von Helsinki, in dem nur wenig in Bewegung scheint.

Schaut Talja jedoch auf einen ihrer Monitore, dann zeigt sich, dass die Ruhe trügt. Kleine, bunte Dreiecke kreuzen überall durch die in Echtzeit veränderte Karte des Finnischen Meerbusens, jener schmalen Ausbuchtung, die die Ostsee an dieser Stelle zwischen Finnland, Russland und Estland macht. „Es sind viele Schiffe unterwegs“, sagt Talja. „Und es werden immer mehr.“

Vor allem eines macht den Finnen Sorgen: Der Öltransport in der Region nimmt massiv zu. Seit Anfang des Jahrtausends hat sich die Menge des durch die Ostsee verschifften Öls mehr als verdoppelt. Fast ein Drittel davon kommt aus

dem russischen Verladehafen Primorsk am Ostende des Meerbusens. Zudem baut Russland eine zweite baltische Pipeline, die ab 2012 ein neues Ölterminal im Seehafen Ust-Luga bei Sankt Petersburg bedienen soll.

Ölflut
Erdöltransporte durch die Ostsee in Mio. t



Dahinter steht nicht nur der lange Zeit gestiegene Energiebedarf weltweit. Noch wichtiger ist, dass Russland die Transitländer umgehen will, durch die es bisher einen Großteil seiner Ölausfuhr per Pipeline schickt. „Russland versucht, alles unter seine Kontrolle zu bekommen, was mit Energieexporten zu tun hat“, sagt Jari Luoto, Botschafter für Ostseefragen des finnischen Außenministeriums, „auch den Öltransport“. Ein Preisstreit mit Weißrussland und anhaltende politische Differenzen mit den Balten bewegen Moskau dazu, sich von den Transitländern loszusagen.

Für die ohnehin stark belastete Ostsee verheißt diese Entwicklung nichts Gutes. „Die Frage ist nicht, ob ein Unglück passiert, sondern wann“, sagt Anna Kotsalo-Mu-

stonen von der Baltic Sea Action Group. Die Stiftung will auf dem heutigen Ostseegipfel in Helsinki die Anrainerstaaten, aber auch Unternehmen dazu bringen, konkrete Projekte für mehr Sicherheit und Umweltschutz in Angriff zu nehmen. Bisher sind die Ergebnisse bescheiden – aber immerhin bastelt IBM an einer kostenlosen Software, die Schiffen mehr Informationen über Verkehr und Wetterlage liefern soll.

Als Erfolg haben die Veranstalter des Gipfels für sich verbucht, dass Russlands Premier Vladimir Putin kommt. Während die anderen großen Ostseeanrainer Deutschland und Polen die zweite Reihe schicken, nimmt Russland das Treffen offenbar ernst, was die Finnen hoffen lässt. „Immerhin kommt Putin ja selbst aus Sankt Petersburg“, sagt Finnlands Außenminister Alexander Stubb – der russische Re-

gierungschef müsse daher persönliches Interesse haben.

Putin allerdings dürfte nicht nur das heimische Meer am Herzen liegen, sondern auch eines der wichtigsten energiepolitischen Projekte Russlands. Für die deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream, die in wenigen Monaten in Bau gehen soll, fehlt nur noch eine Genehmigung – nämlich die der südfinnischen Umweltbehörde.

Auch Nord Stream ist aus der Idee geboren, Transitländer zu umgehen, und auch die Pipeline macht den Anrainern Sorgen. Bei der Verlegung der Röhren, so die Furcht, könnten giftige Substanzen vom Grund der Ostsee aufgewirbelt werden. Die Finnen verlangen daher, dass beim Bau möglichst wenig Schaden entsteht. „Die Frage ist nicht, ob die Genehmigung erteilt wird“, sagt ein Insider, „sondern unter welchen Auflagen.“

„Die Frage ist nicht, ob ein Unglück passiert, sondern wann“

Anna Kotsalo-Mu-
stonen, Baltic Sea
Action Group



Krawalle in Jerusalem

Ausschreitungen Gut dokumentiert durch anwesende Fotografen werfen zumeist junge **Palästinenser** Steine und Farbbeutel auf einen israelischen Polizeizug. Ausgelöst wurden die Straßenschlachten in Schuafat im Norden Jerusalems durch eine Razzia gegen Steuerhinterzieher. Insgesamt wurden inzwischen 20 Menschen festgenommen, teils wegen des Vorwurfs der Zahlungsverweigerung, teils wegen Gewalttätigkeiten. Die Proteste der verummten Steinwerfer sind Ausdruck einer unerschwellig stets vorhandenen Spannung zwischen jungen Arabern und israelischen Sicherheitskräften. Nach Polizeiangaben wollten die Beamten gestern sicherstellen, dass Reparaturarbeiten nach den ersten Zerstörungen vom Montag durchgeführt werden konnten. Der arabische Teil Jerusalems wurde 1967 von Israel erobert und später annektiert. Die internationale Gemeinschaft hat dies nicht anerkannt. SILKE MERTINS

Gemeinsam sind wir schwach

Das Europäische Patentamt streitet seit Monaten über die Ernennung eines neuen Präsidenten. Dabei ist das Ergebnis fast egal: Kein Kandidat will das Haus stärken

JÖRN PETRING

Um es vorwegzunehmen: Ja, es gibt durchaus Gründe, warum jedes Land in Europa ein eigenes Patentamt braucht. Nämlich ganz einfach, weil die Behörde ganz viele Berufsgruppen glücklich macht. So sehen das zwar nicht unbedingt die Erfinder, die ihre Ideen günstig und möglichst auf einen Schlag auf dem gesamten Kontinent schützen wollen. Dafür aber Tausende Patentanwälte, Übersetzer und Funktionäre nationaler Patentämter, die vom bisherigen System prächtig leben.

Das geht so: Zwar gibt es schon lange ein Europäisches Patentamt (EPA). Ein dazugehöriges Europapatent, das in allen Ländern der EU gilt, fehlt jedoch bisher. Die Prüfer im EPA bündeln lediglich nationale Patente, von denen jedes einzeln beantragt und auch bezahlt werden muss. Ergebnis: Patentschutz in Europa ist mehr als sechsmal so

teuer wie etwa in den USA, Japan oder China – im Schnitt 33 000 \$ für ein Patentpaket, das in 13 europäischen Ländern gilt.

Ein Grund dafür, warum dieses System wohl auf absehbare Zeit erhalten bleibt, lässt sich derzeit in München beobachten, dem Sitz des EPA-Hauptquartiers. Dort versuchen die Mitglieder des Verwaltungsrats gerade, einen neuen Präsidenten zu wählen, der die Leitlinien des Hauses festsetzen soll. Drei Anläufe hat das Gremium seit Oktober, unternommen, doch bisher konnte man sich auf keinen Kandidaten einigen. Warum nicht, bleibt im Dunkeln. Ein EPA-Sprecher hat jedenfalls keine Erklärung: „Zu uns sind, was die Wahl betrifft, keine Informationen durchgedrungen.“

Ein möglicher Hinweis darauf, warum die Wahl sich so hartnäckig einem Ergebnis widersetzt, ergibt sich aus der Konstellation des Verwaltungsrats: Fast jedes der 36 Mitglieder vertritt als Chef ein nationales Patentamt. Das sind jene Institutionen, die plötzlich überflüssig wären, wenn es unter dem Dach des EPA ein gemeinsames Patent für ganz Europa gäbe.

„Die wollen nicht, dass ihre eigenen Ämter an Macht verlieren. Am Ende wird immer der Kandidat gewählt, der am meisten dafür tut, dass die nationalen Ämter nicht an Bedeutung verlieren“, beschreibt ein Patentprüfer des EPA die Situation. Tatsächlich haben lange Wahlen beim EPA Tradition: Alison Brimelow, die bisherige Präsidentin, brauchte über 50 Wahlgänge, um ins Amt zu kommen.

„Letztlich gibt es keine unabhängige Kontrollinstanz, die Patentämter erledigen das selbst innerhalb eines geschlossenen Kreises“, sagt Heiner Flocke, Vorsitzender des Patentvereins, der mittelständische Unternehmen vertritt. Der Patentverein fordert, auch Vertreter aus Politik und Wirtschaft in den Verwaltungsrat aufzunehmen. Dann, so Flocke, hätte es auch die Idee eines Gemeinschaftspatents ein wenig leichter, sich im Verwaltungsrat durchzusetzen. Die drei Kandidaten der EPA-Wahl machen in ihrem internen Wahlkampf derweil andere Versprechungen: Sie fordern, wieder mehr Aufgaben an die nationalen Patentämter zu verteilen – weil das EPA überlastet sei.

„Letztlich gibt es keine unabhängige Kontrollinstanz“

Heiner Flocke,
Patentverein

Russland fordert von Obama Verzicht auf Raketenabwehr

General stellt Bedingungen für Abrüstungsverhandlungen

Russland macht die Unterzeichnung eines neuen atomaren Abrüstungsabkommens vom Verzicht der USA auf ihre Raketenabwehr-Pläne in Europa abhängig. Das in Rumänien geplante System sei klar gegen Russland gerichtet, sagte Moskaus Generalstabschef Nikolai Makarow gestern dem staatlichen Fernsehsender Russland 24. „Wir sehen das sehr negativ, da es unsere Raketenkräfte schwächen könnte“, sagte der General. Es bestehe daher ein Zusammenhang zwischen den US-Plänen und dem neuen START-Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen.

Russland und die USA verhandeln seit Monaten über ein Nachfolgedokument für das Anfang Dezember ausgelaufene Abkommen. Die Entscheidung von US-Präsident Barack Obama, die Pläne seines Vorgängers George W. Bush für ein Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien fallen zu lassen, hatte Russland im vergangenen Jahr zunächst gelobt. Doch die Pläne für ein teilweise seegestütztes Ersatzsystem haben zuletzt wieder Misstrauen in Moskau geweckt.

Vergangene Woche hatte Rumäniens Oberster Verteidigungsrat die Teilnahme am US-Raketenschutzprogramm genehmigt. Geplant ist die Stationierung von Boden-Luft-Abwehrsystemen vom Typ SM-3, berichtet die rumänische Nachrichtenagentur Mediafax. Die Anlagen, mit denen anfliegende Raketen zerstört werden können, sollen ausschließlich an Land installiert werden. Über Details will die rumänische Regierung in Kürze mit Washington verhandeln. Es wird damit gerechnet, dass das rumänische Parlament dieses Vorhaben mit großer Mehrheit billigen wird.

Zugleich wehrte sich Russland gegen Kritik aus dem Westen an seiner neuen Militärdoktrin, die den Einsatz von Atomwaffen regelt und Gefahren für die Sicherheit des Landes benennt. Die Nato-Osterweiterung stelle eine „hinlänglich ernsthafte Bedrohung“ für das Riesenreich dar, sagte der Chef des russischen Sicherheitsrats, Nikolai Patruschew. Russland ist strikt gegen einen Beitritt der beiden früheren Sowjetrepubliken Georgien und Ukraine zum westlichen Verteidigungsbündnis. DPA, AP